

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 140. Ratssitzung vom 26. September 2012

3126. 2012/245

Weisung vom 13.06.2012:

Rechnungen 2011 der verwalteten Stiftungen

Antrag des Stadtrats

1. Die Rechnung 2011 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2011 der Stiftung «Wohnungen für kinderreiche Familien» wird - im Rahmen der Oberaufsicht des Gemeinderats - genehmigt.
3. Die Rechnung 2011 der Stiftung «Alterswohnungen der Stadt Zürich» wird zur Kenntnis genommen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionreferent Dispositivziffer 1:

Roger Liebi (SVP): *Wir hätten uns gewünscht, die Rechnungen zu einem früheren Zeitpunkt abnehmen zu können und hoffen auf Besserung für nächstes Jahr. Zu dieser Weisung bildeten sich verschiedene Meinungen innerhalb der RPK. Der Antrag der RPK zur Dispositivziffer 1 ist gleichlautend bei einer Enthaltung. Die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (Stiftung PWG) ist unbestritten eine ausgezeichnete Institution, die viel Wert auf eine gute finanzielle Ausstattung legt, um irgendwann unabhängiger von der Stadt zu werden, ohne sich natürlich der Kontrolle entziehen zu wollen. Gegen die Rechnung der Stiftung PWG ist nichts einzuwenden.*

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 1

Die RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Enthaltung: Walter Angst (AL)
Abwesend: Samuel Dubno (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 112 gegen 0 Stimmen zu.

2 / 4

Dispositivziffer 2

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Die Stiftung «Wohnungen für kinderreiche Familien» wurde vor fünf Jahren refinanziert und ist in der Lage, zu expandieren, was auch wünschenswert wäre. Die Mehrheit der RPK würdigt die Arbeit der Stiftung.

Roger Liebi (SVP): 2011 gab es gemäss dem Geschäftsbericht 511 Wohnungen für die Stiftung, wobei darin 1534 Kinder wohnten, aber nur 440 Familien. Angesichts der Wohnungsknappheit und des Engagements für kinderreiche Familien muten die 71 Wohnungen, die offenbar nicht von Familien bewohnt werden, seltsam an. Um eine solche Wohnung zu erhalten, muss nachgewiesen werden, dass man mindestens drei Kinder hat. Eine Durchschnittsrechnung ergibt drei Kinder pro Familie, wobei anzunehmen ist, dass es durchaus auch Familien mit mehr Kindern gibt, was also bedeuten würde, dass auch Familien mit weniger als drei Kindern eine Stiftungswohnung erhalten haben. Die Stiftung wird offenbar manchmal zweckentfremdet. Dem Zweck muss aber nachgekommen werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: In einem Haus im Auzelg sind die Wohnungen so klein, dass dort keine Familien mit drei Kindern untergebracht werden können. Diese Wohnungen dienen als Überlaufsicherung. Ausserdem wurden in diesem Haus Renovationen durchgeführt, die eine Bewohnung verunmöglichten. In den letzten Jahren haben wir darauf geachtet, die Anzahl Kinder in diesen Wohnungen sukzessive zu steigern, sodass der Schnitt heute steigend ist. Es gibt übrigens auch einzelne Familien mit dreizehn oder mehr Kindern, die zwei Wohnungen belegen dürfen.

Roger Liebi (SVP): Werden dreizehn Kinder auf zwei Wohnungen aufgeteilt, fallen auf eine Wohnung sechseinhalb Kinder, was den Schnitt auch nicht senkt. In den letzten fünf Jahren hat sich der Kinderdurchschnitt kaum verbessert. Die Statuten müssen eingehalten werden. Das Argument der Renovation kann man gelten lassen. Tatsache ist aber, dass es Wohnungen gibt, in denen weniger als drei Kinder leben. Wir haben das Gefühl, dass Leute unterstützt werden, die keine andere Wohnmöglichkeit haben.

Walter Angst (AL): Hätte Roger Liebi (SVP) diese Bedenken auch in der Kommission geäussert, wäre eine Reaktion darauf möglich gewesen.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

3 / 4

Mehrheit: Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
Abwesend: Samuel Dubno (GLP)
Ausstand: Karin Rykart Sutter (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 23 Stimmen zu.

Dispositivziffer 3

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die «Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)» hat noch keinen Geschäftsbericht, wie ihn die anderen beiden Stiftungen haben. Wir haben zweimal Rückfragen zur Rechnung gestellt und alle Antworten und Dokumente erhalten.

Dr. Daniel Regli (SVP): Unsere Argumente gehen zu einem Grossteil an die Adresse der Stiftungsratspräsidentin. In der Laufenden Rechnung sind keine grossen Negativpunkte auszumachen, es fällt sogar positiv auf, dass das Lohnniveau der SAW fast ein Drittel tiefer ist als das Lohnniveau der Stadt Zürich. Ein Blick auf die Bilanz zeigt, dass die Stiftung lebt. Allerdings entspricht der Jahresbericht sowie dessen bescheidener Umfang nicht dem öffentlich-rechtlichen Charakter der Stiftung. Eine Verbesserung ist auf jeden Fall wünschenswert. Die Rechnung wurde nicht revidiert, ein Revisionsbericht fehlt. Deshalb soll die Rechnung laut dem Dispositivantrag auch nicht genehmigt, sondern nur zur Kenntnis genommen werden. Wir hoffen, dass sich die SAW nächstes Jahr klar und transparent darstellt, damit eine Rechnungsabnahme möglich sein wird.

Walter Angst (AL): Die Stiftung hat uns mitgeteilt, dass die Mängel in der Berichterstattung aufgearbeitet werden. Ausserdem ist eine Motion unterwegs zur Überprüfung und Vereinheitlichung der Aufsicht über die Stiftung. Somit kann man sagen, die SAW ist auf gutem Weg. Die AL enthält sich der Stimme: Die SAW erneuert ihren alten Bestand an Wohnungen mit den 2005 beschlossenen 60 Mio. Franken. Aufgrund des Bedarfs an Alterswohnungen und der Wartelisten scheint es uns aber notwendig, dass die Stiftung den Bedarf feststellt und Wege aufzeigt, wie dieser in nützlicher Frist befriedigt werden kann. Der Stiftungsrat soll diese Fragen behandeln und nächstes Jahr darüber Bericht erstatten.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt zustimmende Kenntnisnahme zum Antrag des Stadtrats.

4 / 4

Die Minderheit der RPK beantragt ablehnende Kenntnisnahme des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP)
Enthaltung: Walter Angst (AL)
Abwesend: Samuel Dubno (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	72 Stimmen
Antrag Minderheit	34 Stimmen
Antrag Stadtrat	<u>7 Stimmen</u>
Total	113 Stimmen
= absolutes Mehr	57 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Damit ist beschlossen:

1. Die Rechnung 2011 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2011 der Stiftung «Wohnungen für kinderreiche Familien» wird - im Rahmen der Oberaufsicht des Gemeinderats - genehmigt.
3. Die Rechnung 2011 der Stiftung «Alterswohnungen der Stadt Zürich» wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 3. Oktober 2012 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat